

14.03.2012

Herrn Bürgermeister
Rudolf Greif
Birkenallee 51
91088 Bubenreuth



Erweiterung des Protokolls der Gemeinderatssitzung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Greif,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

Information, Meinungsaustausch, Transparenz und Partizipation sind Lebenselixiere der Demokratie, im Bereich der Kommunalpolitik noch viel konkreter und unmittelbarer spürbar als auf Bundesebene. Deshalb ist es auch Auftrag und Ziel für Verwaltung und Gemeinderat, den Bürgerinnen und Bürgern Entscheidungsabläufe und Beratungsergebnisse transparent und nachvollziehbar zu präsentieren.

In weiten Teilen gelingt uns das in Bubenreuth gut, unser Mitteilungsblatt lässt sich aber in dieser Hinsicht noch entscheidend verbessern, was wir hiermit beantragen.

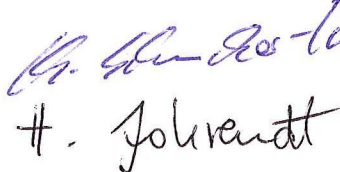
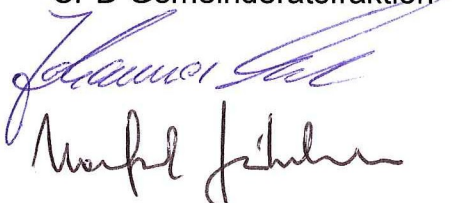
Wir möchten erreichen, dass es der Bevölkerung ermöglicht wird, die wesentlichen Argumente nachvollziehen zu können, die zu dem dokumentierten Beschluss und Abstimmungsergebnis geführt haben. Dies ist durch die Wiedergabe der grundsätzlichen Positionen und der kontroversen Ansichten, die sich im Diskussionsverlauf ergeben haben, zu ermöglichen.

Unsere Nachbargemeinde Möhrendorf praktiziert dieses Vorgehen seit Jahren sehr erfolgreich. Ihr Mitteilungsblatt (nachlesbar im Internet) zeigt ein Beispiel auf, wie unser Antrag auch in Bubenreuth realisiert werden könnte.

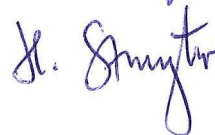
Wir stellen deshalb folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Gemeindeverwaltung zusätzlich zu den Ausführungen des bestehenden Ergebnisprotokolls die grundsätzlichen Positionen und Ansichten, die im Diskussionsverlauf vorgetragen wurden, im Protokoll der Gemeinderatssitzung mit aufgenommen werden.

Wir bitten den Gemeinderat, unseren Vorschlag zu unterstützen.

Freundliche Grüße
SPD Gemeinderatsfraktion



Anlage: Beispiel Möhrendorf und
Herzogenaurach



Heizöl wurde ohne Rücksprache mit der Kämmererei gekauft.
Finanzierungsvorschlag: Entnahme aus der Deckungsreserve

Diskussionsverlauf:

Ein Mitglied der CSU-Fraktion merkt an, dass es im Nachhinein doch gut war, eine ungeplante Heizölreserve anzulegen, da im Verlauf des vergangenen Jahres die Heizölpreise stark angestiegen sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, der über- und außerplanmäßigen Ausgabe für den Kauf von Heizöl für die Schule nachträglich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 3.3 Fahrzeughaltung Bauhof

Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der heutigen Sitzung abgesetzt.

TOP 3.4 Umbau altes großes Rathaus

Sachverhalt:

Auf schriftlichen Antrag eines Mitgliedes der FDP-Fraktion wird dieser Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung genommen und vertagt, bis der Rechnungsprüfungsausschuss die Belegprüfung durchgeführt hat.

TOP 3.5 Austausch/Reparatur von Nachtspeicheröfen in den alten Rathäusern

Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt wird ebenfalls abgesetzt.

TOP 4 Bau des Kinderhauses: Entscheidung über Lüftungsanlagen

Sachverhalt:

Es ist eine E-mail des Ingenieurbüros Thomas Klug bei der Gemeinde eingegangen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, aufgrund der E-Mail des Ingenieurbüros Thomas Klug vom 09.11.2011, eine Lüftungsanlage mit 28 dezentralen Lüftungsgeräten für das Kinderhaus planen zu lassen. Hierfür sind Kosten von ca. 40.000,- € brutto angesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 5 Wärmeerzeugung fürs Nahwärmenetz: Auftragsvergabe der Grundlagenermittlung

Sachverhalt:

Die Gemeinderäte erhielten das Honorarangebot des Ingenieurbüros Thomas Klug vom 07.11.2011 vorab zur Information. Bürgermeister Rudert erläutert noch einige Details des Angebots.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Ingenieurbüro Thomas Klug gemäß Honorarangebot vom 07.11.2011 für die Grundlagenermittlung – Wärmeerzeugung, Leistungsphase 1 und 2 - mit einer vorläufigen Honorarsumme von 5.072,71 € zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6 Rathausneubau:

TOP 6.1 Brandschutztüren, Auftragsvergabe

Sachverhalt:

Dem Gemeinderat wurde die neue Beschlussgrundlage für den Ersatz der Brandschutztüren (Ersteller: Architekturbüro Beer) zugesandt. Zu diesem Thema teilt Bürgermeister Rudert noch folgenden Sachstand mit: Der Fa. Süß GmbH wurde eine Frist für die Nachbesserung/Nachweisführung der Brandschutztüren bis 30.11.2011 gewährt. Sollte die Fa. Süß GmbH die Frist ohne die noch ausstehenden Maßnahmen verstreichen lassen, soll der Auftrag an die Fa. Wolf Werkstätten vergeben werden. Hierzu bittet Bürgermeister Konrad Rudert den nachfolgenden „Vorratsbeschluss“ zu fassen, damit die Fa. Wolf – falls erforderlich - unverzüglich beauftragt werden kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, im Falle der Fristverstreichung der Fa. Süß GmbH den Auftrag für die Brandschutztüren und die damit verbundenen Innenputz- und Malerarbeiten sowie Baureinigung an die Fa. Wolf Werkstätten aus Stein zu vergeben. Für Demontage und Ersatz der Brandschutztüren fallen Bruttokosten in Höhe von 11.641,77 € und für Innenputz- und Malerarbeiten sowie Baureinigung 5.950,- € brutto an.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 6.2 Erweiterung Architektenleistung

Sachverhalt:

Gemäß der Beschlussgrundlage für den Ersatz der Brandschutztüren fallen auch wieder planerische Aufwendungen für das Architekturbüro Beer an. Die Kosten werden auf 6.684,23 € brutto beziffert.

Diskussionsverlauf:

Vom Gemeinderat wird der Einwand laut, dass be-

reits planerische Leistungen diesbezüglich beauftragt und bereits abgerechnet wurden. Ein Mitglied der FDP-Fraktion bittet die Verwaltung (Herrn Gierschner), das Honorarangebot des Architekten Beer überprüfen zu lassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, vorbehaltlich der erfolgten Prüfung durch die Verwaltung, den planerischen Gesamtaufwand des Architekturbüros Beer nach geschätztem Stundenaufwand mit 6.684,23 € brutto an dieses zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7 Bauvorlagen

Dürfen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

TOP 8 Umstrukturierung der gemeindlichen Baugrundstücke 1 bis 4 in Möhrendorf Süd: Vergabe Planungsauftrag

Sachverhalt:

Bürgermeister Konrad Rudert teilt mit, dass bereits Gespräche mit der DSK bezüglich eines Planungsauftrags stattgefunden haben. Die Abrechnung der Planungsleistungen würde nach Stundenaufwand erfolgen. Es müssten ca. 2.000,- € in Ansatz gebracht werden. Der erforderliche Änderungsbeschluss muss in der Dezember-Sitzung gefasst werden, da weitergehende Arbeitsabläufe (wie z. B. Anschreiben der TöB, etc.) begonnen werden müssen. Diese betroffenen vier Grundstücke werden bei der Verlosung der Grundstücke am 13.12.2011 nicht zur Verfügung stehen.

Diskussionsverlauf:

Ein Mitglied der SPD-Fraktion schlägt vor, die Planungsgruppe Strunz wegen der erforderlichen Umplanung des Bebauungsplans Möhrendorf Süd anzusprechen, ob diese die Umplanung für die Gemeinde kostenfrei durchführen würden. Der Gemeinderat sieht die Fehlplanung für die sich nun herausgestellte Minderwertigkeit der vier Grundstücke beim Planer, der diese Fehlplanung als Fachmann bereits in der Erstellung des Bebauungsplans hätte erkennen müssen. Nach Auskunft der DSK würden etwa Kosten in Höhe von ca. 2.000,- € für die Umplanung anfallen. Die Rechtslage soll auch von unserem Rechtsanwaltsbüro geprüft werden. Sollte die Prüfung des Sachstands ergeben, dass das Planungsbüro Strunz die Umplanung des Bebauungsplans nicht kostenfrei durchführt, soll für die Umplanung die DSK beauftragt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den im Rahmen der Umstrukturierung der gemeindlichen Baugrundstücke 1 bis 4 in Möhrendorf Süd anfallenden Leistungsumfang an die DSK Nürnberg mit einem Schätzkostenpreis von ca. 2.000,- €

zu vergeben, wenn sich die Planungsgruppe Strunz weigern sollte, diese Arbeit kostenlos auszuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 9 Abschluss von Städtebaulichen Verträgen zu den Ortsabrundungen „An der Marter“ und „Dorfstraße“

Sachverhalt:

Auf Antrag von einem Mitglied der Freien-Wähler Fraktion wird dieser Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung abgesetzt.

TOP 10 Erneuerung der Wärmepumpe im Sportzentrum

Diskussionsverlauf:

Es wurde eine Ausschreibung durchgeführt. Wegen der Dringlichkeit der Maßnahme ist lt. Information des 1. Bürgermeisters Konrad Rudert die Fa. Pillipp bereits dabei, die neue Pumpe einzubauen, weshalb heute eine nachträgliche Beschlussfassung erforderlich ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses, für die Erneuerung der Wärmepumpe im Sportzentrum die billigst bietende Firma Pillipp aus Möhrendorf nachträglich zu beauftragen. Grundlage ist das Angebot vom 24.10.2011 mit einem Angebotspreis in Höhe von 23.772,76 € brutto.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 11 Bestellung von Herrn Zametzer zum Leiter des Standesamts

Herr Thomas Zametzer ist in der Gemeinde Möhrendorf als Hauptstandesbeamter mit dieser Aufgabe betraut.

„Der Hauptstandesbeamte“, Herr Thomas Zametzer hat aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit im Standesamt und den hiermit erworbenen Wissensstand in diesem Sachgebiet die Voraussetzungen zur Leitung des Standesamtes erworben.“

Die Ernennung hat durch den Gemeinderat zu erfolgen. Daran schließt sich als formell letzter Akt der Antrag und die schriftliche Genehmigung der Standesamtsaufsicht an.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses, vorbehaltlich der Zustimmung durch die Standesamtsaufsicht, Herrn Thomas Zametzer ab 01.01.2012 zum

Bericht zur Stadtratssitzung vom 26. Mai 2011

Ergebnisse der Bodenuntersuchung auf dem Parkplatz Rathaus P4 (Hubmannparkplatz)

Gerhard Merkel, Leiter des Bauamts, schilderte dem Stadtrat die Ergebnisse der Bodenuntersuchung, mit der das Ingenieurbüro für Hydrogeologie und Umweltschutz, Gardiser & Piewak aus Bamberg beauftragt worden war.

Wiederholt aufgetretene Setzungen im asphaltierten Parkplatzbereich waren der Grund für die Untersuchung. Nachdem die Sichtung von Archivmaterial aus dem Rathaus sowie von Baugrundgutachten früherer Planungen wie auch die Befragung von Zeitzeugen in einem ersten Schritt bei der Ursachenforschung der Bodenbewegungen nicht für eine abschließende Meinungsbildung geeignet waren, wurden im August 2010 mit einer Bodenradarmessmethode die Bereiche eingegrenzt, die durch Bodenschürfen klare Aussagen zu Bodenbeschaffenheit zulassen.

Das nun vorliegende Gutachten bestätigt, dass aus heutiger Sicht mangelhaft aufbereiteter Bauschutt eingebaut wurde. Aufgrund der damit fehlenden Verdichtung ist der Platz im Unterbau nicht als Verkehrsfläche geeignet. Bei der Auffüllung wurden neben Ziegelsteinen, Holz und Schrott auch bedenkliche Materialien gefunden, wie Reste einer teerhaltigen Gussmasse und Dämmkork. Deren Entsorgung würden die üblicherweise anfallenden Deponiekosten um weitere 230.000 EUR erhöhen. Ein Geländebefund zeigt, dass auch in momentan noch schadensfreien Bereichen keine flächige Stabilität besteht. Das Vorhandensein eines vermuteten Kellergeschosses wurde nicht bestätigt.

Ferner wurden bei Kanalfilmungen Rohreinbrüche festgestellt. Zwei auf der Südseite des Platzes gelegene Sinkkästen haben keine Verbindung zum Kanalnetz. Merkel schlug vor, diese mit flexiblen Kunststoffrohren wieder funktionstüchtig an den Kanal anzuschließen.

Wie Gerhard Merkel weiter ausführte, soll jetzt auch mit dem Asphaltieren von Restflächen eine Oberflächenversiegelung geschaffen werden, die eine weitere Verfrachtung von Schadstoffpartikeln in das Grundwasser verhindert. Merkel bat den Stadtrat bis zu dessen Entscheidungsfindung für eine spätere Nutzung des Grundstücks um Zustimmung zur von ihm geschilderten Vorgehensweise.

Einstimmig billigte der Stadtrat die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung.

Änderung der Vereinsförderrichtlinien; Zuschüsse zu Straßenherstellungs- und Straßenausbaubeitragskosten

Es handele sich um auch über die Stadtgrenzen hinausgehende Präzedenzfälle, so Erster Bürgermeister Dr. German Hacker zu der Situation, dass erstmals zwei Vereine zur Straßenausbaubeitragspflicht herangezogen werden.

Beiträge müssen geleistet werden, so Dr. Hacker, andererseits sollen Vereine unterstützt werden. Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss hätten ergeben, dass Unterstützungen an die Vereine nur über die Vereinsförderrichtlinien erfolgen können, nach denen Zuschüsse gewährt werden können. Um in Zukunft keine Einzelfallentscheidungen treffen zu müssen, sei nach einer universellen Lösung gesucht worden, die auf einer Staffelung von Zuschüssen zu Investitionen nach der Anzahl der jugendlichen Mitglieder (bis 18 Jahren), zuzüglich eines Sockelbetrags basiert (s. Änderung der Vereinsförderrichtlinien S. 124 in diesem Amtsblatt).

Dr. Horst Körner, Fraktionsvorsitzender der CSU, schlug vor, die Zuschussgewährung als eine „Kann-Bestimmung“ festzulegen. Hauptamtsleiter Gerhard Höfler wies jedoch darauf hin, dass bei Vereinsförderrichtlinien ohnehin keine Rechtspflicht seitens der Stadt bestehe.

Einstimmig folgte der Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung.

Antrag der CSU zur Erstellung eines Energienutzungsplanes für die Stadt Herzogenaurach

Kurt Zollhöfer formulierte den Antrag der CSU-Fraktion: Die Stadt Herzogenaurach erstellt einen Energienutzungsplan (ENP), um Ist-Zustand, Potenziale, Handlungsfelder und Maßnahmen aufzunehmen. Der ENP, insbesondere die identifizierten Handlungsfelder und Maßnahmen, soll dann einer grundsätzlichen Beschlussfassung durch den Stadtrat zugeführt werden.

Die Federführung bei der Erstellung des ENP soll durch Stadtverwaltung und Herzo Werke wahrgenommen werden; der AK Energie der Agenda 21 soll in geeigneter Form beteiligt werden. Soweit gutachterliche Leistungen erforderlich werden, sind entsprechende außerplanmäßige Mittel aus Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer im Haushaltsplan 2011 oder im Haushaltsplan 2012 bereitzustellen.

Wie Zollhöfer in seiner detaillierten Begründung ausführte, sei es notwendig, aus verschiedenen energetisch relevanten Bereichen möglichst genaue Basisdaten zu erheben, um die Grundlage für ein umfassendes Bild der energetischen Ausgangssituation in Herzogenaurach im Jahr 2011/2012 zu erhalten.

Anhand von Beispielen erläuterte er in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung von erneuerbaren Energien Möglichkeiten der vielfältigen energetischen Aktivitäten seitens der Stadt (z.B. Teilnahme am European-Energy-Award, Umrüstung der Straßenbeleuchtung, städtische Leitlinien zur energetischen Sanierung); der Bürgerinnen und Bürger (z. B. Energiesparmaßnahmen an Gebäuden); der HerzoWerke (z. B. Ausbau des Nahwärmenetzes, Erhöhung des lokalen Anteils der erneuerbaren Energien). Die Fortschreibung der Potenzialstudie erneuerbare Energien könne als ein wichtiger Bestandteil in den ENP integriert werden.

Für Zollhöfer ist der ENP eine Art energetisches Navigationssystem mit dem anspruchsvollen Ziel, die Stadt Herzogenaurach bis zum Jahr 2030 zu 100 % mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Der ENP beschreibe den Start mit einer Bestands- und Potenzialanalyse des Energiebedarfs, der Energieinfrastruktur und der Energieträger. Er schlage Wege vor zur Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und Energieversorgung. Er sei interaktiv, denn er beteilige bei der Planung und Umsetzung, und er müsse regelmäßig aktualisiert werden.

Im Weiteren legte Zollhöfer Schritte für die Erstellung und Umsetzung des ENP dar und forderte eine frühzeitige Bürgerbeteiligung um die „Akzeptanz der Nutzung erneuerbarer Energien vor der Haustüre zu fördern“.

Für Ersten Bürgermeister Dr. German Hacker war der CSU-Antrag einerseits im Kern richtig, andererseits aber auch überflüssig, da die Stadtverwaltung zusammen mit den Herzo Werken bereits seit Oktober 2010 an der Erstellung eines ENP für Herzogenaurach arbeite. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Pressemitteilung der Nordbayerischen Nachrichten vom 23. Oktober 2010, wo dies bereits angekündigt wurde.

Anschließend informierte Dr. Thomas Hiller, der neue technische Leiter der Herzo Werke, den Stadtrat über den Stand der bislang erhobenen Daten. Dr. Hiller schilderte die Vorgehensweise der Datensammlung zu Wärmebedarf und Wärmebedarfsdeckung. Als Datenquelle dienten den Herzo Werken z. B. Angaben über Anschlussleistungen und Jahresverbrauch für Strom bzw. Erdgas sowie Auskünfte der Bezirksschornsteinfeger über nicht von den Herzo Werken bereitgestellte Energie. Der derzeitige Stand beinhalte die digitale Erfassung aller Gebäude im Stadtgebiet, Visualisierung von z. B. Energieträgern oder Anschlussleistungen und die Darstellung der gas- und fernwärmeversorgten Gebäude. Dr. Hiller sicherte absoluten Datenschutz zu, der bei der Veröffentlichung durch eine Anonymisierung und Darstellung von Mittelwerten erreicht werde.

In der sich anschließenden Diskussion zeigte sich Walter Nussel (CSU) verwundert darüber, dass schon seit Monaten an einem solchen Plan gearbeitet werde und wünschte Auskunft über die der Stadt entstehenden Kosten.

Bislang sei seitens der Herzo Werke noch nichts in Rechnung gestellt worden, so Dr. Hacker, da auch die Herzo Werke ein Interesse an der Bestandsaufnahme hätten. Für Dr. Hacker stellte sich nun die Frage, wie mit dem Antrag der CSU zu verfahren sei, der, wie anfangs bereits von ihm dargelegt, im Kern zwar richtig, aber bereits auch schon wieder überholt sei. Er stellte deshalb den Änderungsantrag, dass die von der Stadt Herzogenaurach und den Herzo Werken begonnene Energienutzungsplanung fortgeführt und einer Beschlussfassung durch den Stadtrat zugeführt werde. Die Stadtverwaltung werde beauftragt, mit den Herzo Werken entsprechende vertragliche Vereinbarungen abzuschließen. Die Agenda 21 und Unternehmensvertreter seien in geeigneter Form zu beteiligen. Bei Bedarf seien außerplanmäßige Mittel im Haushaltsplan 2011 einzustellen.

Dem Beschlussvorschlag in dieser Form wollte Dr. Körner jedoch nicht zustimmen, da seiner Ansicht nach der Stadtrat nicht der Empfänger einer Zuführung zum Beschluss sei, sondern vom Stadtrat die Initiative auszugehen habe. Es bestehe Einigkeit mit Blick auf das Ziel, so Dr. Körner. Er wünschte jedoch einen Grundsatzbeschluss in dem die Handlungsfelder festgehalten werden. Es gehe um eine Datenaufnahme bezüglich Erzeugung, Beschaffung und Verteilung von Energie in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren.

Abschließend einigte sich der Stadtrat auf folgenden einstimmig verabschiedeten Grundsatzbeschluss: Der Stadtrat beschließt, die von der Stadt Herzogenaurach und den Herzo Werken begonnene Energienutzungsplanung fortzuführen. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit den Herzo Werken entsprechende vertragliche Vereinbarungen abzuschließen. Die Agenda 21 und Unternehmensvertreter sind in geeigneter Form zu beteiligen. Bei Bedarf sind außerplanmäßige Mittel im Haushaltsplan 2011 einzustellen.